



Foto: dpa

Rheinland-Pfalz/Baden-Württemberg

## Heiße Landtagswahl- kampfphase eingeläutet

Ganz im Zeichen des Wahlkampfes standen die am selben Tag stattfindenden Wahlkampfveranstaltungen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

In Anwesenheit der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin An-

gela Merkel, haben die beiden Landesverbände die heiße Wahlkampfphase eingeläutet. „Die CDU in Berlin hat nur dann Rückenwind, wenn der Rückhalt aus den Ländern kommt“, machte die Bundeskanzlerin in ihren Reden deutlich. ▶

### INHALT

Ronald Pofalla:  
Gleichberechtigung  
umfassend verwirklichen

Seite 3

Volker Kauder:  
Handeln für den  
Aufschwung

Seite 6-7

► Damit würden die Kräfte gestärkt werden, die Deutschland auf einen zukunftsgerichteten Weg führen.

Die CDU-Vorsitzende kündigte an, dass sie in der Debatte über Mindestlöhne in den kommenden Monaten die Erfolgchancen einzelner Systeme und Theorien sorgfältig prüfen werde. „Wir werden natürlich untersuchen, ob die Praxis der Arbeitsmarktreform Hartz IV nun wirklich das ist, was den Menschen wieder Mut zum Arbeiten macht“, sagte Merkel beim Auftakt der heißen Phase des baden-württembergischen Landtagswahlkampfes in Karlsruhe. Es müsse bei dem in der Regierung umstrittenen Thema über zahlreiche Modelle und Ideen geredet werden, kündigte die CDU-Vorsitzende an. „Ich prüfe alles ganz unvoreingenommen, vom Mindestlohn zum Niedriglohn. Eins aber darf nicht zum Schluss dabei heraus kommen: dass wir weniger Arbeit haben und nicht mehr.“ Wer arbeite, müsse mehr haben, als wenn er nicht arbeite, forderte Merkel darüber hinaus vor mehr als 1000 Parteianhängern.

Baden-Württembergs Ministerpräsident und Spitzen-



kandidat Günther H. Oettinger bekräftigte seine Forderung nach längeren Arbeitszeiten. Mit der 38,5-Stunden-Woche werde Deutschland im Wettbewerb mit den anderen Ländern nicht bestehen können. Baden-Württemberg bezeichnete der Regierungschef als „intaktes Land“. Dieser Erfolg müsse mit der CDU fortgeführt werden.

Auf einem außerordentlichen Landesparteitag der CDU Rheinland-Pfalz in Mainz erinnerte Angela Merkel daran, dass Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) jahrelang von der guten Vorarbeit früherer CDU-Landesregierungen leben konnte. Der rheinland-pfälzische Spitzenkandidat Christoph Böhr erklärte, dass der amtierende Ministerpräsident in seiner elfjährigen Amtszeit mehr

Schulden aufgetürmt habe, als alle seine Amtsvorgänger zusammen. Beck sei „seit vielen Jahren der Schuldenkönig unter den deutschen Ministerpräsidenten“, so Böhr. Böhr griff den Wahlkampfslogan der SPD vom „Aufsteigerland“ auf und kritisierte, Rheinland-Pfalz sei

weder ein Aufsteigerland bei Wirtschaftswachstum, noch bei Arbeitsplätzen, noch bei den Einkommen seiner Bürger: „Bei Wirtschaft und Arbeit kämpfen wir gegen den Abstieg.“ Es gehe mit der neuen Bundesregierung in Deutschland allmählich wieder aufwärts: „Wir in Rheinland Pfalz wollen dabei sein, wenn es den Menschen wieder besser geht.“ 15 Jahre SPD-Regierung seien genug.



Ronald Pofalla

## Gleichberechtigung umfassend verwirklichen

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau in einer partnerschaftlichen Gesellschaft ist Ziel der CDU. Allerdings ist sie in vielen Bereichen noch nicht so weit entwickelt, wie wir uns das vorstellen. Bestehende Benachteiligungen von Frauen im Erwerbsleben, in Politik und Gesellschaft müssen beseitigt werden. Frauen und Männer sollen sich in Freiheit und Verantwortung so entfalten können, wie es ihren Neigungen, Begabungen und Wünschen entspricht.

Deshalb treten wir ein für bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarung von Familien- und Erwerbsarbeit, für mehr Hilfestellungen beim Wiedereinstieg in das Erwerbsleben sowie die umfassende Teilhabe von Frauen an Führungsaufgaben in Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft.

Dass dies keine leeren Worte sind, hat die Große Koalition bereits bewiesen: Gemeinsam mit CSU und SPD haben wir eine verbesserte steuerliche Absetzbar-



CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla

keit von Kinderbetreuungskosten beschlossen. Künftig werden alle Familien mehr Geld von der Steuer absetzen können, und zwar unabhängig davon, ob beide Eltern berufstätig sind oder nur ein Elternteil. Die Große Koalition wird die Kinderbetreuung stärker ausbauen und das Angebot an Ganztageschulen erweitern. Ab 2007 soll ein einkommensunabhängiges Elterngeld gezahlt werden. Die Kinderzulage zur „Riester-Rente“ wird angehoben.

Gleichzeitig wollen wir in der Großen Koalition die Frauenerwerbsquote auf über 60 Prozent steigern und das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ weiter in die Tat umsetzen.

### HEUTE AKTUELL

- Berliner Gespräch: „Das Ende der (bezahlten) Arbeit?“ (Seite 4–5)
- CDU-NRW-Zukunftskongress: „Benchmark NRW“ (Seite 8)
- Politischer Aschermittwoch in Brandenburg (Seite 9)
- Infokasten: Wahltermine 2006 (Seite 9)
- Otto Wulff: „Senior Experten“ an die Schulen! (Seite 10)
- Günter Nooke und Andreas Schockenhoff zu Bundesbeauftragten ernannt (Seite 10)
- Steffen Kampeter: Haushaltskonsolidierung: Steiniger Weg ohne Alternative (Seite 11–13)
- Jahresempfang des BdV (Seite 11)
- Michaela Noll, Julia Klöckner: Umgang mit Geld bei Jugendlichen weiter schulen (Seite 13–14)
- Ralf Brauksiepe/Peter Weiß: Rentenkasse in Ordnung bringen (Seite 14–15)
- Katherina Reiche: Europa muss unabhängiger werden von Rohstoffimporten (Seite 15)

IMPRESSUM

UID

## „Das Ende der (bezahlten) Arbeit?“

Dieser provozierende Titel und zwei renommierte Talkgäste waren der Grund, warum knapp 500 Gäste und zahlreiche Pressevertreter der Einladung ins Konrad-Adenauer-Haus zu einer Abendveranstaltung der CDU Deutschlands im Rahmen der „Berliner Gespräche“ folgten.

In ihrer Begrüßungsrede betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass sie in der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit eine der wichtigsten Aufgaben der Bundesregierung sehe. Zwar könne die Politik nicht selbst Arbeitsplätze schaffen, sagte die CDU-Vorsitzende. Dennoch nehme die Politik gerade über das Setzen von Rahmenbedingungen entscheidenden Einfluss auf die Wirtschaftsordnung und damit auch auf die gesellschaftliche Stabilität. Die Bundeskanzlerin verwies in ihrer Rede darauf, dass seit den 80er Jahren die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in der Bevölkerung abgenommen habe. Um eine Trendwende zu erreichen, habe sie von einer Neuen Sozialen Marktwirtschaft für das Zeitalter der Globalisierung gesprochen.



Denn das Modell der Sozialen Marktwirtschaft werde die Menschen nur dann dauerhaft überzeugen, wenn es auch in Zukunft Wohlstand für alle sichere. Dazu müsse sich Deutschland jedoch von seiner „protektionistischen Art“ verabschieden und gleichzeitig weltweit neuen Standards zum Durchbruch verhelfen, wie beispielsweise beim Schutz des geistigen Eigentums.

Befinden wir uns als entwickelte Industriegesellschaften aber tatsächlich schon in der Situation, dass uns die bezahlte Arbeit ausgeht? Über dieses Thema diskutierten der Präsident des Münchner ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Professor Hans-Werner Sinn, und Jeremy Rifkin, der Vorsitzende der

Foundation on Economic Trends in Washington D.C.

Professor Rifkin betonte, dass eine globale High-Tech-Wirtschaft entstehe, die keine Massenarbeitsplätze mehr hervorbringe. Statt einer Industriearbeiterschaft würden künftig hochspezialisierte Techniker, Berater, Programmierer, Pädagogen und Ingenieure gebraucht. Allerdings gebe es auch weiterhin einzelne personalintensive Bereiche wie das Gesundheitswesen oder die Textilindustrie.

Mit Blick auf Deutschland führte Professor Sinn den massiven Beschäftigungsabbau auf die Lohnentwicklung zurück. Während es zwischen 1982 und 2002 in den USA Reallohnsteigerungen von vier Prozent gegeben habe, seien die Bruttolöhne hier zu Lande um 36 Prozent gestiegen. Infolgedessen hätten in den USA in dieser Zeit die geleisteten Arbeitsstunden um mehr als ein Drittel zugenommen, während das Beschäftigungsvolumen in Deutschland unverändert geblieben sei. Gleichzeitig habe sich die Arbeit für Geringqualifizierte derart verteuert, dass



v.l.n.r.: Auf dem Podium diskutierten Professor Jeremy Rifkin, die Moderation übernahm der Chefredakteur des Handelsblatts, Bernd Ziese, und Professor Hans-Werner Sinn.

Deutschland in diesem Segment mit einer Arbeitslosenquote von 22 Prozent „Weltmeister“ seien. Der US-Ökonom bekräftigte, dass eine Wirtschaft mit niedrigen Löhnen Arbeitsplätze schaffe. Dennoch warnte er die Bundesrepublik vor diesem Weg, da dies mit mehr absoluter Armut und mehr Ungleichheit erkaufte werde. Zudem sei Deutschland immer ein Land der Ideen gewesen, die die Welt vorangebracht hätten.

Professor Sinn stimmte mit Rifkin darin überein, dass Kontinentaleuropa nicht bereit sei, so viel Ungleichheit zu akzeptieren wie die USA oder Großbritannien. Dennoch sei die Art, wie umverteilt würde, ineffizient, weil die Bedingung sei, dass die Armen selber nicht arbeiten. Inzwischen sei jedoch eine Dimension erreicht, die das Lohnersatz-System „nicht mehr beherrschbar“ mache

und zu einer Arbeitslosigkeit führe, deren Höhe Deutschland „nicht noch einmal 35 Jahre lang“ durchhalte. Sinn rief dazu auf, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, das Mitmachen zu bezahlen. Dies gelinge mit einem neuen Mindesteinkommen, das sich aus Löhnen und staatlichen Lohnzuschüssen zusammensetze. So bleibe der „Weg zur Vollbeschäftigung möglich“, wirtschaftliche Effizienz und soziale Standards könnten miteinander verbunden werden. Ausdrücklich warnte der ifo-Chef vor der Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen, auch wenn andere EU-Länder diesen Weg beschritten. Mindestlöhne kosteten Arbeitsplätze und könnten vor allem in den Neuen Ländern „eine Katastrophe auslösen“. Denn sie produzierten für die Betriebe zusätzliche Kosten. Angesichts der immer stärkeren Konkurrenz aus

den Niedriglohnländern – die aus Asien komme ja erst noch – sei das Instrument der Mindestlöhne falsch.

CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla betonte, dass es mit der CDU keinen Mindestlohn in der Größenordnung von 6,50 Euro oder mehr geben werde. Auch er sehe die Gefahr, dass zu hohe Mindestlöhne zu einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen führen. Stattdessen plädiere die CDU für die Einführung von Kombilohn-Modellen, damit die zwei Millionen geringqualifizierten Arbeitslosen wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehren könnten. Zu Gunsten Älterer werde die Koalition mit der „Initiative 50 Plus“ Instrumente bereitstellen, die über die Angebote der Bundesagentur für Arbeit hinausgingen. Darüber hinaus werde die Bundesregierung sämtliche Arbeitsmarkt-Instrumente überprüfen. Dabei gelte: Was ineffizient ist, wird abgeschafft.



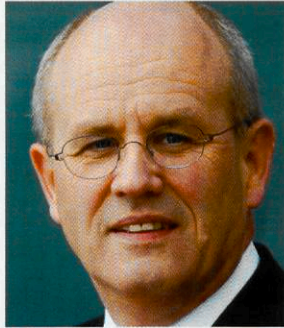
Volker Kauder

# Handeln für den Aufschwung

Nach den ersten drei Monaten ihrer Amtszeit genießt die Regierung Merkel großes Vertrauen bei den Menschen im Lande. Der neue Stil, insbesondere der Bundeskanzlerin, kommt gut an und die ersten politischen Entscheidungen der Koalition haben mit dazu beigetragen, dass es zu einem Stimmungsumschwung in Deutschland gekommen ist: Die allgemeine Zuversicht in die wirtschaftliche Entwicklung steigt.

Die Regierungskoalition hat durch erste konkrete Impulse für Wachstum, Beschäftigung und Innovation von Anfang an Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. In den erst drei Monaten ihrer parlamentarischen Arbeit hat die Koalition bereits eine ganze Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, die unserem Anspruch gerecht werden, mit den richtigen Weichenstellungen auf die bestehenden Probleme zu reagieren. Dazu gehören vor allem folgende Punkte:

- Bereits im Dezember wurden Sofortmaßnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen verab-



Volker Kauder Vorsitzender der Bundestagsfraktion

schiedet. Mit einem Einsparvolumen von insgesamt rund 25 Mrd. Euro bis 2010 trägt das Paket maßgeblich dazu bei, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte nachhaltig zu begrenzen.

- Mit dem Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung werden haushaltsnahe Dienstleistungen gefördert, mittelständische Unternehmen entlastet und Familien bei der Kinderbetreuung unterstützt.
- Durch die Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch wurde die Regelleistung für Arbeitssuchende in den neuen Bundesländern an die Höhe der Leistung in den alten Bundesländern angeglichen.

- Mit den im Februar beschlossenen Änderungen bei Hartz IV wurden kostenträchtige Mitnahmeeffekte und Missbrauch beim Arbeitslosengeld II eingeschränkt.

- Das Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen beseitigt Umgehungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im Steuerrecht. Auch damit leisten wir einen Beitrag zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen.

- Das Gesetz zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung senkt die Arzneimittelausgaben und führt zu einer nachhaltigen Stabilisierung der Arzneimittelversorgung. Dabei bleibt gewährleistet, dass Patienten auch in Zukunft alles, was medizinisch notwendig ist, verordnet werden kann.

## Nächste Schritte

Auf dem in den ersten 100 Tagen Erreichten wollen wir uns nicht ausruhen, sondern aufbauen und dar-

an anknüpfen. Weitere Reformschritte sind nötig, um Deutschland wieder in die europäische Spitzengruppe zu bringen. Wir werden schon in den nächsten Wochen die nächsten konkreten Projekte angehen:

- Eine wichtige Etappe ist die Föderalismusreform. Die größte Verfassungsänderung seit Bestehen unseres Grundgesetzes wurde nach schwierigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern sowie innerhalb der Koalition auf den Weg gebracht. Das Verhältnis von Bund und Ländern wird grundlegend entflochten und effizienter gestaltet. Viele Gesetzgebungsverfahren werden so erheblich vereinfacht. Mit der Einigung auf die Föderalismusreform hat die Große Koalition ihre Problemlösungskompetenz auch bei lange streitigen und komplizierten Fragen unter Beweis gestellt. Nun gilt es, das Gesetzgebungsverfahren in den nächsten Monaten zügig zu Ende zu bringen.

Den vollständigen Bericht des Fraktionsvorsitzenden finden Sie auf [www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)



- Für die Union bleibt eine Reform des Arbeitsmarkts unverzichtbar. Nur wenn wir den Arbeitsmarkt so flexibilisieren, dass er den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht, kann die Arbeitslosigkeit spürbar gesenkt werden. Wir wollen in diesem Jahr zu einem Ergebnis für den Niedriglohnsektor kommen und die Einführung eines Kombilohn-Modells prüfen. Wichtige Punkte sind in diesem Zusammenhang die Schaffung von Arbeitsplätzen für über 50jährige sowie die Frage von Mindestlöhnen. Eine Partei-Arbeitsgruppe wird sich mit diesen Themen bis zum Sommer auseinandersetzen und Vorschläge erarbeiten. Es ist wichtig, hier mit der nötigen Sorgfalt vorzugehen.

Wir werden uns nicht treiben lassen, denn mit heißer Nadel gestrickte Lösungen helfen den Menschen, die Arbeit suchen, nicht weiter.

- Bei der Gesundheitsreform stehen wir für eine grundlegende Reform und nicht nur für eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Anfang April werden die Verhandlungen beginnen. In diesen Verhandlungen werden wir mit guten Argumenten für unsere Vorstellungen kämpfen. Gemeinsames Ziel der Koalition ist ein bezahlbares zukunfts- und leistungsfähiges Gesundheitssystem.
- Auch die notwendigen Anpassungen im Rentensystem werden wir in diesem Jahr angehen. Das Kabinett hat den Rentenversicherungsbericht verabschiedet. Es ist nun genug Zeit, auf dieser Grundlage die Beratungen zu führen, wie die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Lösungen umgesetzt werden können.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-222070-372, E-Mail: [uid@cdu.de](mailto:uid@cdu.de), Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: [oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de](mailto:oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de). Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

IMPRESSUM

UID

CDU-NRW-Zukunftskongress

## „Benchmark NRW“

**„Wir wollen Nordrhein-Westfalen bis 2015 zum Innovationsland Nr. 1 in Deutschland machen.“**

Dieses ehrgeizige Ziel bekräftigte der Landesvorsitzende der CDU NRW, Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, auf dem zweiten Zukunftskongress „Benchmark NRW“ vor den mehr als 700 Teilnehmern im ehemaligen Bonner Bundestag. Mit namhaften Vertretern aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik wurden auf dem Kongress die Innovationspotentiale des Landes herausgestellt und Wege erörtert, diese für Nordrhein-Westfalen zu nutzen.

In seiner Eröffnungsrede machte NRW-Generalsekretär Hans-Joachim Reck deutlich, dass ein Wettbewerb der Innovationen notwendig sei, um die Rahmenbedingungen des Landes zu verbessern: „Funktionalität, Effektivität und Zielorientierung bezüglich neuer Projekte spielen hierbei eine wichtige und entscheidende Rolle.“ Reck machte deutlich, dass die schwarz-gelbe Landesregierung mit ihren Konzepten den Wirtschafts-, Forschungs- und Sozialstandort NRW attraktiver machen



Ministerpräsident Jürgen Rüttgers überreicht Jürgen Thumann den Zukunftspreis

und wieder nach vorne bringen wolle. Der ordnungspolitische Kompass laute dabei: Mut zur Selbstbestimmung, Mut zur Freiheit.

Jürgen Rüttgers stellte es als Ziel seiner NRW-Landesregierung dar, den Weg der Modernisierung des Landes konsequent zu verfolgen: „Wir wollen NRW zum Vorreiter der Wissensgesellschaft und bis 2015 zum Innovationsland Nr. 1 machen. Wir sind ein Land mit hohen Kosten, also müssen wir soviel besser sein, wie wir teurer sind.“ Er mahnte jedoch gleichzeitig, dass bei dieser Entwicklung nicht alles den Marktmechanismen unterworfen werden dürfe: „Der totale Markt war niemals das Programm der Väter der Sozialen Marktwirtschaft. Es

gibt vieles, was wichtig ist, jenseits von Angebot und Nachfrage. Die CDU NRW wird auch in Zukunft darauf achten, dass sich wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit die Waage halten.“

Höhepunkt des Tages war die Verleihung des Zukunfts- und Innovationspreises der CDU NRW an den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Jürgen R. Thumann. In seiner Rede wies der Preisträger auf die Bedeutsamkeit des offenen Dialoges zwischen Gewerkschaften, Verbänden und Unternehmen hin. Thumann weiter: „Unternehmer tragen in erster Linie Verantwortung für ihr eigenes Unternehmen, aber auch für das Land.“



# Politischer Aschermittwoch in Brandenburg

Eine der größten Politischen Aschermittwuchsveranstaltungen fand in diesem Jahr in Brandenburg statt.

900 Gäste folgten der Einladung der CDU Brandenburg in die Stadthalle von Doberlug-Kirchhain im Landkreis Elbe-Elster, die bis auf den letzten Platz gefüllt war. Die Brandenburger Veranstaltung war damit nach dem Aschermittwoch der CDU Baden-Württemberg in Fellbach und dem der CDU Mecklenburg-Vorpommern in Demmin die drittgrößte Veranstaltung der CDU Deutschlands.

In seinem Vortrag wandte sich der Hauptredner des Abends, Jörg Schönbohm, an den Koalitionspartner im Land Brandenburg: „Seit



Jörg Schönbohm, Landesvorsitzender der CDU Brandenburg

dem Rücktritt von Franz Müntefering hat die SPD nicht mehr nur ein Machtzentrum, sondern gleich drei. Oder keines, je nach Perspektive“, sagte Brandenburgs Landesvorsitzender und Innenminister. Deutschland werde keinen Erfolg haben, wenn sich die SPD weiter als Selbsterfahrungsgruppe verstehe. „Die Union leidet, wenn sie nicht regiert. Die SPD leidet, wenn sie regiert.“

Beim Thema Innere Sicherheit betonte Schönbohm, dass Bundeswehreinheiten im Innern neue Aktualität gewonnen hätten. Die bisherige strenge Unterscheidung zwischen Innerer und Äußerer Sicherheit sei nicht mehr zeitgemäß. Viele Sicherheitsfragen

würden sich heute neu stellen. „Wie in Frankreich, Italien oder den Vereinigten Staaten muss es auch bei uns möglich sein, dass die Armee in besonderen Gefährdungslagen ergänzend zu Polizei und Bundespolizei im Rahmen ihrer spezifischen Fähigkeiten Aufgaben des Heimatschutzes übernimmt“, forderte er. Grundlage dafür müsse eine Änderung des Grundgesetzes sein.

Scharf kritisierte er die Linkspartei mit den „Marx-Brothers“ Gysi und Lafontaine an der Spitze sowie die grüne Umweltpolitik. „Die Zeiten, in denen eine schöngeistige Zwergdeckelschnecke entscheidet, ob sich in Deutschland die Räder drehen, oder nicht, sind mit dem Ende von Rot-Grün vorbei“, so Schönbohm.

## WAHLTERMINE 2006

- 26. März** Landtagswahl Baden-Württemberg
- 26. März** Landtagswahl Rheinland-Pfalz
- 26. März** Landtagswahl Sachsen-Anhalt
- 26. März** Kommunalwahl Hessen
- Herbst** Kommunalwahl Niedersachsen
- Herbst** Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern
- Herbst** Landtagswahl/Kommunalwahl Berlin

# „Senior Experten“ an die Schulen!

Die Senioren-Union der CDU Deutschlands hat die Kultus- und Schulminister der deutschen Bundesländer aufgefordert, bei der Einführung der Ganztagsbetreuung verstärkt auf „das Wissen, die Kompetenz und die Erfahrung älterer Menschen zu setzen.“

„Es gibt für diese Art von Wissenstransfer von älteren zu jüngeren Menschen seit zwei Jahrzehnten ein lobenswertes Beispiel: Der ‚Senior Experten-Service‘ (SES), eine Stiftung der deutschen Wirtschaft für internationale Zusammenarbeit, entsendet mit großem Erfolg pensionierte Fachkräfte ehrenamtlich ins Ausland. Seit PISA wissen wir: Dieser Erfahrungs-, und Wissenstransfer ist nicht nur im Ausland angebracht – unsere Schülerinnen und Schüler



Otto Wulff, Bundesvorsitzender der Senioren-Union

haben ihn notwendiger denn je, vor allem, um frühzeitig und praxisnah an die Erfordernisse des Berufslebens herangeführt zu werden,“ erklärte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Otto Wulff. Es gebe in der Gruppe der über 55-jährigen, von denen nur noch gut 35 Prozent in einem festen Arbeitsverhältnis ständen eine „großartige Bereitschaft“, ihr Wissen

und ihre Erfahrung an die jüngere Generation weiterzugeben.

Wulff sagte „Diese Bereitschaft sollten wir nutzen und mit dem Senior Experten Service diesen neuen Schwerpunkt für das Inland aufbauen.“ Dabei solle es nicht darum gehen, die „pädagogische oder didaktische Verantwortung der Lehrerkollegien“ in Frage zu stellen, im Gegenteil: Es gehe darum, die Lehrerschaft zu unterstützen. Das Projekt sollte in engster Abstimmung mit den Pädagogen verwirklicht werden.

„Es geht nicht um Noten, sondern um eine sinnvolle Ergänzung des schulischen Angebots, die ehrenamtlich – also ohne Schaffung einer neuen Bürokratie – aufgebaut werden kann“, sagte Wulff.

## BUNDESBEAUFTRAGTE BENANNT

Das Bundeskabinett hat den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Günther Nooke zum Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung bestellt und den Stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Andreas Schockenhoff, zum Russlandbeauftragten der Bundesregierung berufen. Beide Posten sind im Auswärtigen Amt angesiedelt.



Günther Nooke



Andreas Schockenhoff

## Haushaltskonsolidierung: Steiniger Weg ohne Alternative

**Das Ergebnis der gemeinsamen Klausurtagung der Koalitions-Arbeitsgruppe Haushalt sieht wie folgt aus:**

Mit dem Haushalt 2006 und dem Finanzplan bis 2009 wird die Große Koalition dafür sorgen, dass Deutschland ab 2007 die Maastricht-Defizitgrenze deutlich und auf Dauer unterschreiten wird. Der Bundeshaushalt wird ab 2007 die Regelgrenze der Neuverschuldung des Art. 115 GG wieder einhalten und für

mehr Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik sorgen.

Mit dem Haushalt 2006 und dem begleitenden Maßnahmenbündel wird nicht nur der Bundeshaushalt konsolidiert, sondern auch ein wesentlicher Konsolidierungsbeitrag für die Länderhaushalte erbracht. Konsolidierung ist nicht nur Aufgabe des Bundes – auch Länder, Kommunen und Sozialversicherungen müssen aktiv an dieser Aufgabe mitwirken. Es ist der feste Wille der Haushalter der Koalition, einen solchen föderalen Finanzpakt für Deutschland voranzubringen. In dieser Legislatur werden Union und

SPD die strukturelle Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben des Bundes halbieren und damit deutlich reduzieren. Gleichzeitig setzen wir Impulse für Wachstum und Beschäftigung. Haushaltskonsolidierung wird Daueraufgabe für viele Jahre bleiben. Zielmarke ist der ausgeglichene Staatshaushalt und der Abbau der Staatsschuld. Nur dann ist die Finanzpolitik tragfähig. Dafür ist ein längerer Horizont als eine Legislaturperiode erforderlich.

Der Haushalt 2006 ist ein Haushalt des Übergangs. Wir sanieren und setzen gleichzeitig Impulse für Wachstum und Beschäfti-

## BUND DER VERTRIEBENEN

In ihrer Rede anlässlich des Jahresempfangs des BdV im Berliner Opernpalais würdigte die Vorsitzende der CDU Deutschlands die Leistungen des BdV für die Belange der Heimatvertriebenen und im Einsatz für grenzüberschreitende Verständigung und Versöhnung. „Ich bin gern hierher gekommen, weil es inzwischen schon eine Tradition für mich ist, aber ich bin natürlich auch gern gekommen, weil ich Ihnen in diesem Jahr die Grüße der gesamten Bundesregierung überbringen darf“, so die Bundeskanzlerin vor rund 400 Gästen aus Politik und öffentlichem Leben.



Starken Beifall für die Rede der Bundeskanzlerin spendeten: (v.l.n.r.) Der Vorsitzende der Gruppe der „Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jochen-Konrad Fromme MdB; der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Christian Schmidt MdB; die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach MdB, der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Hartmut Koschyk MdB; der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder MdB, sowie der Chef des Bundespräsidialamtes, Staatssekretär Michael Jansen.

gung. Die deutlich über der Regelgrenze liegende Nettokreditaufnahme von rd. 38 Mrd. Euro ist der drohenden Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts geschuldet. Wir verhalten uns verfassungskonform, indem wir für das Jahr 2006 die Ausnahmeregel in Anspruch nehmen – 2007 wird die Nettokreditaufnahme unter den Investitionen bleiben. Deshalb verbindet die Große Koalition die notwendige Konsolidierungspolitik mit Maßnahmen, die bereits kurzfristig die Wachstumsdynamik erhöhen, wie Investitionen in Forschung und Bildung und in die Infrastruktur. Mittel- bis langfristig müssen Reformen der sozialen Sicherungssysteme und vor allem des Arbeitsmarktes wirken, um die Arbeitslosigkeit spürbar und dauerhaft zu senken und so die Konsolidierung nachhaltig voran zu bringen.

Die Ausgaben des Bundes steigen im Finanzplanungszeitraum bis 2009 durchschnittlich nur um 0,7 % jährlich. Die jahresdurchschnittliche Ausgabensteigerungsrate liegt damit deutlich unter der Inflationserwartung. Trotz der niedrigen Ausgabenlinie werden die Investitionen des Bundes im Haushalt 2006 auf 23,2 Mrd. € er-

höht und danach in etwa auf diesem Niveau stabilisiert.

Im Zuge der Haushaltsberatungen kommen alle Einnahme- und Ausgabepositionen auf den Prüfstand. Dies gilt insbesondere für die Mittel der Öffentlichkeitsarbeit, bei denen die Koalition schon heute weitere Effizienzmöglichkeiten sieht. Wir wollen durch weitere Einsparungen die Globalen Minderausgaben (GMA) im Einzelplan 60 sowie in den Einzelplänen der Ressorts reduzieren und möglichst auflösen. Ferner streben die Koalitionsfraktionen an, die Investitionen und die zukunftsorientierten Ausgaben weiter zu erhöhen durch Umschichtungen zu Lasten der konsumtiven Ausgaben.

Die Ergebnisse der Frühjahresschätzung der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte und der Steuerschätzung Mitte Mai 2006 sind unter Einhaltung der Nettokreditaufnahme in den Haushalt einzuarbeiten. Sofern sich aus aktualisierten Schätzungen im Vergleich zur bisherigen Planung zusätzliche Haushaltsentlastungen ergeben, sind diese zur Verminderung der Nettokreditaufnahme einzusetzen.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages stellt als federführender Aus-



Steffen Kampeter

schuss bzw. bei Befassung gemäß § 96 Abs. 4 GOBT sicher, dass die finanziellen Eckwerte des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 sowie die im Regierungsentwurf 2006 und der Finanzplanung bis 2009 berücksichtigten Konsolidierungseffekte weiterer Gesetze (insbesondere zur Umsetzung der steuerlichen Konsolidierungs- und Arbeitsmarktmaßnahmen) ohne Abstriche eingehalten werden.

Die Koalitionsfraktionen begrüßen, dass mit der Streichung des Bundeszuschusses an die Gesetzliche Krankenversicherung der Sogwirkung steigender Gesundheitsausgaben auf den Bundeshaushalt Einhalt geboten worden ist. Sie gehen davon aus, dass nur mit einer durchgreifenden Strukturreform in der GKV der fortwährenden Kostenexplosion im Gesundheitswesen entgegen gewirkt werden kann.

Die Haushälter der Großen Koalition begrüßen, dass die Dynamisierung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung gestoppt werden soll. Analog zur Krankenversicherung wird die dauerhafte Begrenzung des Bundeszuschusses an die Rentenkasse nur gelingen, wenn auch hier strukturelle Änderungen erfolgen, die den Druck auf die Ausgaben mindern. Die mutige Entscheidung der Großen Koalition zur Verlängerung der Lebensarbeitszeiten zeigt den unterschiedlichen Reformwillen der politisch Verantwortlichen. Diese sollte nicht nur durch eine schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre erfolgen, sondern auch durch einen frühzeitigeren Berufseinstieg junger Menschen.

Die Koalitionsfraktionen sind für eine faire Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen in der Arbeitsmarktpolitik und erkennen an, dass der Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft mit dem Haushalt 2006 nicht mit einem Mal auf Null zurückgeführt werden konnte. Eine Verfestigung des Bundesanteils bei 29,1% der Gesamtausgaben darf es jedoch nicht geben. Vielmehr muss auf der Basis der tatsächlichen

Zahlen die zukünftige Beteiligung des Bundes neu austariert werden.

Im Bereich Personal werden Union und SPD überprüfen, inwieweit ihrer Forderung Rechnung getragen worden ist, dass die im Zuge der Regierungsbildung erfolgten Personalaufstockungen durch Einsparungen an anderer Stelle gegenfinanziert worden sind. Die Koalitions-Haushälter unterstützen nachhaltig das Ziel der Stelleneinsparung von jährlich 1,9% wie im Haushaltsgesetz vorgesehen. Im Zuge der Beratungen werden wir prüfen, ob darüber hinaus weitere Stelleneinsparungen durch die Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden möglich und vertretbar sind. Wir werden die bestehende räumliche Arbeitsteilung der Bundesregierung darauf hin untersuchen, inwieweit kurz-, mittel- und langfristig Effizienzgewinne realisiert werden können.

**Steffen Kampeter** ist der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carsten Schneider ist der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.



Michaela Noll



Julia Klöckner

## Umgang mit Geld bei Jugendlichen weiter schulen

**Die Verschuldungszahlen junger Menschen sind erfreulicherweise rückläufig. Laut Studie des Instituts für Jugendforschung in München lag die Verschuldung im vergangenen Jahr noch bei über 10%.**

Ein positiver Trend zeichnet sich aber laut der Schufa-Studie 'Jugend und Geld 2005' ab: Der überwiegende Teil der Jugendlichen geht verantwortungsvoll mit Geld um. Gerade bei den Handy-Kosten scheinen die Jugendlichen gewissenhafter zu sein. Begrüßenswert ist, dass viele Telefonanbieter versuchen, mit ihren Angeboten wie z.B. Prepaid-Karten und durch Sperrung von teuren Rufnummern das Kostenrisiko für Kinder gering zu halten.

Jedoch ist die Erkenntnis, dass nach wie vor 6% der Ju-

gendlichen als verschuldet gelten, alarmierend: Dies sind 6% zu viel. Um diese mehr als 380.000 Kinder und Jugendlichen müssen wir uns kümmern. Unser Ziel muss es sein, diese Zahl weiter zu verringern.

Im Rahmen der Familien-, Bildungs- und Verbraucherschutzpolitik muss dieses Thema künftig eine verstärkte Rolle spielen. Vor allem im Elternhaus können die Weichen für den richtigen Umgang mit Geld frühzeitig gestellt werden. Darüber hinaus sind auch die Schulen einschließlich der Berufsschulen gefordert. Den Jugendlichen muss das Wissen und die Kompetenz beigebracht werden, mit Werbung und Angeboten umzugehen, ohne in die Verschuldung zu geraten.

**Michaela Noll** ist die Kinderbeauftragte, **Julia Klöckner** die Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Rentenkasse in Ordnung bringen

**Die Rentenkasse muss in Ordnung gebracht werden. Ein solides finanzielles Fundament ist Grundvoraussetzung für eine verlässliche und nachhaltige Rentenpolitik. Den An-**



Ralf Brauskiepe



Peter Weiß

**fang haben CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag mit ihrem rentenpolitischen Gesamtpaket gemacht.**

Mit dem vom Bundeskabinett beschlossenen Rentenversicherungsbericht 2005 werden die Verabredungen mit Zahlen untermauert. Die Zahlen zeigen: Die Konsolidierung der Rentenfinanzen ist ein steiniger Weg und nur durch eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung zu erreichen. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit steht deshalb ganz oben auf der Reformagenda der Großen Koalition. Nur mit mehr Beitragszahlern lässt sich die Rentenkasse wieder stabilisieren.

Im nächsten Jahr ist eine Anhebung des Rentenbeitrages auf 19,9% unumgänglich. Unter dem Strich werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer spürbar entlas-

tet, weil wir gleichzeitig den Arbeitslosenversicherungsbeitrag von 6,5% auf 4,5% absenken werden. Die Sozialversicherungsbeiträge werden im nächsten Jahr unter 40% sinken, das erste Mal seit 1995! Damit leisten wir einen ganz wesentlichen Beitrag für mehr Beschäftigung in Deutschland. In der laufenden Legislaturperiode werden wir die Renten nicht kürzen. Dieses Versprechen ist Gegenstand des Koalitionsvertrages. Wir halten Wort! Für dieses Jahr hat die Regierung bereits ein entsprechendes Gesetz auf den parlamentarischen Weg gebracht. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Nullrunde für die Rentner in diesem Jahr voraussichtlich nicht die letzte in der laufenden Wahlperiode sein wird.

Im nächsten Jahr wollen wir die weiteren rentenpolitischen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag parlamen-

tarisch verabschieden. Richtschnur für all unsere Entscheidungen in der Rentenpolitik ist, dass die finanziellen Lasten der Alterung der Bevölkerung fair zwischen den Beitragszahlern, den Rentnern und dem Bund verteilt werden. Dazu dürfen die langfristigen Beitragsziele (20% im Jahr 2020, 22% im Jahr 2030) nicht überschritten und die langfristigen Niveausicherungsziele (46% im Jahr 2020, 43% im Jahr 2030) nicht unterschritten werden.

Eine große Herausforderung liegt im Bereich der kapitalgedeckten Altersvorsorge vor uns. Das wird aus dem Alterssicherungsbericht 2005 deutlich, der heute ebenfalls vom Bundeskabinett beschlossen worden ist. So erfreulich die Entwicklung bei den Riester-Rentenverträgen zuletzt war, es liegt noch viel Überzeugungsarbeit bei den Menschen vor uns. Die weitere Entwicklung der kapitalgedeckten Altersvorsorge werden wir genau im Auge behalten müssen. Im Koalitionsvertrag haben wir eine verbesserte Einbeziehung der selbstgenutzten Wohnimmobilie in die Riester-Rente und eine Erhöhung der Kinderzulage vereinbart. Im nächsten Jahr steht eine Entscheidung über wei-

tergehende Maßnahmen an, auch das ist Bestandteil des Koalitionsvertrages.

**Ralf Brauksiepe** ist der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, **Peter Weiß** ist der zuständige Berichterstatter.



Katherina Reiche

## Europa muss unabhängiger werden von Rohstoffimporten

**Die Europäische Union ist bereits heute zu 50 % von Öl- und Gaslieferungen abhängig. Bis 2030 wird sich diese Abhängigkeit nach Prognosen der EU-Kommission auf fast 70 % erhöhen. Diese Entwicklung und die damit verbundenen Kosten können zu einem erheblichen Wachstumshemmnis werden.**

Europa muss deshalb in der Energiepolitik umsteuern. Wir müssen unabhängiger werden von Rohstoffimporten und die Energieversorgung neu ausrichten. Die Energiepolitik der Europäischen Union muss zukünftig viel stärker zu einer mittel- und langfristigen Strategie zur Verringerung der Rohstoffimporte und zur Bekämpfung der globalen Klimaänderungen beitragen. Die Europäische Union

muss hierfür einen sinnvollen rechtlichen Rahmen festlegen. Die Wahl der Energiemixes, die Struktur der Energieversorgung und die Ausgestaltung des rechtlichen Rahmens müssen dagegen den Mitgliedsstaaten vorbehalten bleiben.

Insbesondere eine Verbesserung der Energieeffizienz und eine stärkere Nutzung der Erneuerbaren Energien müssen in Zukunft im Mittelpunkt stehen. Vor allem durch die Nutzung der Biomasse und nachwachsender Rohstoffe kann die Abhängigkeit von Rohstoffimporten verringert werden. Darüber hinaus gilt es, durch die Entwicklung neuer klimafreundlicher Technologien die Nutzung heimischer fossiler Rohstoffe zukunftsfähig zu gestalten.

**Katherina Reiche** ist stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



## Broschüre „Die wichtigsten 10 Punkte des Koalitionsvertrages“

Bestell-Nummer: **5313**  
Preis je 50 Stück: **26,35 €**  
inkl. MwSt.: 28,19 €



## Aktionszeitung Bundesausgabe 1/2006

Bestell-Nummer: **1013**  
Preis je **250 Stück**: **18,50 €**  
inkl. MwSt.: 19,80 €



### CDU-ID-Band

Bestell-Nummer: **9833**  
 Preis je **20 Stück: 15,00 €**  
 inkl. MwSt.: 17,40 €



### CDU-Luftballon

Bestell-Nummer: **9304**  
 Preis je 500 Stück: **30,00 €**  
 inkl. MwSt.: 34,80 €



### Luftballon „Smilie“

in zwei verschiedenen Farben  
 (Blau und Weiß) je Verpackung

Bestell-Nummer: **9874**  
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 12,76 €



## Luftballon Zubehör

### Luftballon-Drahtstäbe

Bestell-Nummer: **9305**  
 Preis je 500 Stück: **11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 12,76 €

### Luftballon-Schnellverschluss

inkl. Halteschnur für Gasballons

Bestell-Nummer: **9609**  
 Preis je 100 Stück: **4,90 €**  
 inkl. MwSt.: 5,68 €



### Taschentücher „Freiheit für alle Nasen“

Bestell-Nummer: **9637**  
 Preis je **144 Stück: 28,00 €**  
 inkl. MwSt.: 32,48 €



### Eiskratzer

Bestell-Nummer: **9890**  
 Preis je **70 Stück: 45,00 €**  
 inkl. MwSt.: 52,20



### „Der Luftmacher“ – Freshmint-Tütchen

Bestell-Nummer: **9110**  
 Preis je **200 Stück: 22,00 €**  
 inkl. MwSt.: 25,52 €

# DER HIT ZUR WM

**NEU**

## Fußballkalender zur WM

Bestell-Nummer: **9849**  
 Preis je **500 Stück: 16,00 €**  
 inkl. MwSt.: 18,56 €



**NEU ab 23. März lieferbar!**

## FAN-SCHMINK-Karte

Bestell-Nummer: **9314**  
 Preis je **200 Stück: 8,00 €**  
 inkl. MwSt.: 9,28 €





## „Wählen gehen!“

Zur Mobilisierung der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger sollte – am Tag der Wahl – noch einmal zur Stimmabgabe aufgerufen werden.

„Jede Stimme zählt!“

Türanhänger „Wählen gehen! CDU“

Bestell-Nummer: **1609**

Preis je 200 Stück: **8,00 €**

Preis inkl. MwSt.: 9,28 €

### BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
CDU-Kundenbetreuung  
Telefax 052 41-809 41 65  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de